



Article
scientifique

Compte rendu de
livre

2009

Published
version

Open
Access

This is the published version of the publication, made available in accordance with the publisher's policy.

[Review of:] Redesigning Social Inquiry: Fuzzy Sets and Beyond /
Configurational Comparative Methods: Qualitative Comparative Analysis
(QCA) and Related Techniques

Fischer, Manuel

How to cite

FISCHER, Manuel. [Review of:] Redesigning Social Inquiry: Fuzzy Sets and Beyond / Configurational Comparative Methods: Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related Techniques. In: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2009, vol. 15, n° 2, p. 395–400.

This publication URL: <https://archive-ouverte.unige.ch/unige:17275>

Volume 15 • Issue 2 • 2009

Swiss Political Science Review

Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft
Revue Suisse de Science Politique
Rivista Svizzera di Scienza Politica

2

Book Reviews

SPSR

Book Reviews

Redesigning Social Inquiry: Fuzzy Sets and Beyond

Ragin, Charles C.

Chicago: University of Chicago Press (2008), 240 S., ISBN 978-0-226-70275-9.

Configurational Comparative Methods: Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related Techniques

Rihoux, Benoît und Charles C. Ragin

Los Angeles: Sage (2008), 240 S., ISBN 978-1-4129-4235-5.

Charles Ragin kann durchaus als Vater der Methode der “Qualitative Comparative Analysis” (QCA) angesehen werden. Vor kurzem sind nun zwei neue Bücher dieses Autors zum Thema QCA erschienen. “Redesigning Social Inquiry – Fuzzy-Sets and Beyond” (Ragin 2008) behandelt wichtige methodologische Details und dürfte vor allem für Kenner von QCA interessant sein. “Configurational Comparative Methods” (Rihoux und Ragin 2008) hingegen ist vor allem als Lehrbuch für Einsteiger zu verstehen.

Durch seine Werke “The Comparative Method” (1987) und “Fuzzy-Set Social Science” (2000) hat Ragin die Grundsteine gelegt für die Entwicklung einer Methode, welche sich für den Vergleich von ca. 5 bis 50 Fällen (“medium-N”) eignet. Die Anwendung von Prinzipien der Mengenlehre (“set-theory”) erlaubt es, Limiten sowohl quantitativer als auch qualitativer Ansätze zu überwinden (Ragin 2008: 2) und mit Hilfe von QCA verschiedene kausal komplexe Konfigurationen von notwendigen und ausreichenden Bedingungen für abhängige Variablen (“outcomes”) herauszuarbeiten. Dass sich Ragin nun gleich in zwei weiteren Büchern erneut der QCA-Methode annimmt, dürfte die Neugierde vieler sozialwissenschaftlicher Forscherinnen und Forscher wecken. Der Titel des Buches, für welches Ragin als alleiniger Autor auftritt, macht jedoch noch eine zweite Anspielung, welche wahrscheinlich eine noch fast grössere Menge an potentiellen Leserinnen und Lesern mobilisiert. Durch den ersten Teil

des Titels “Redesigning Social Inquiry” setzt sich der Autor in eine Reihe mit dem beinahe unumgänglichen Werk “Designing Social Inquiry” (King et al. 1994) und der etwas weniger beachteten, kritischen Antwort darauf, “Rethinking Social Inquiry” (Brady und Collier 2004). Man erwartet somit eine Weiterführung des lebhaften Dialoges über die Vorteile quantitativer oder qualitativer Methoden. Allein dieser Buchtitel gibt potentiellen Lesern somit gute Gründe, hohe Erwartungen an Ragins neuestes Werk zu stellen. Ich werde daher hier zuerst “Redesigning Social Inquiry – Fuzzy-Sets and Beyond” (Ragin 2008) kritisch unter die Lupe nehmen, um anschliessend einige Kommentare zu “Configurational Comparative Methods” (Rihoux and Ragin 2008) zu formulieren.

Im ersten Teil des Buches “Redesigning Social Inquiry – Fuzzy-Sets and Beyond” (Ragin 2008) bespricht der Autor die Unterschiede zwischen der symmetrischen Logik der Korrelation und der asymmetrischen Logik der Mengenlehre. Laut dem Autor ist die Logik der Mengenlehre entscheidend, um versteckte Informationen über die Beziehungen sozialer Phänomene zu erhalten (S. 7). Auf methodentechnischer Seite werden in diesem Teil des Buches die wichtigen Konzepte der Konsistenz (“consistency”) und des Deckungsgrades (“coverage”) besprochen. Beides sind für eine fsQCA-Analyse äußerst relevante Elemente und bleiben in “Fuzzy-Set Social Science” (Ragin 2000) unterentwickelt. Durch die Konsistenz wird erfasst, zu welchem Grad Fälle, welche eine gewisse Kombination von Konditionen teilen, auch denselben “outcome” aufweisen. Bei der Erfassung des Deckungsgrades geht es darum zu beurteilen, wie stark eine kausale Kombination für ein “outcome” verantwortlich ist, das heisst wie viele Fälle des “outcomes” durch eine bestimmte Kombination erklärt werden können (Ragin 2008: 44). Beide Konzepte werden detailliert und beispielreich beschrieben.

Im zweiten Teil wird ebenfalls ein wichtiges fsQCA-technisches Element aufgenommen, welches in “Fuzzy-Set Social Science” (Ragin 2000) zu wenig Beachtung findet, nämlich die Frage der Kalibrierung. Ragin beklagt, dass die substantielle und theoretisch begründete Interpretation von Skalawerten, wie es für die korrekte Anwendung von fsQCA entscheidend ist, in den Sozialwissenschaften oft vernachlässigt wird (Ragin 2008: 8, 72). In diesem Teil des Buches werden somit nicht nur die theoretischen Vorteile einer vorsichtigen Kalibrierung von Fuzzy-Sets (gegenüber z.B. einer Intervallmessung) besprochen, sondern es wird auch die konkrete technische Anwendung und die Umwandlung von Intervallwerten in Fuzzy-Sets durch Beispiele anschaulich gemacht.

Im dritten Teil des Buches nimmt Ragin ein Element wieder auf, welches schon in den Vorgängerwerken (Ragin 1987 und 2000) seinem Argument zugrunde lag und somit als Hauptargument für die Anwendung von QCA angesehen werden kann. Es geht um die Diskussion zwischen konventionellen quantitativen Methoden, welche meist mit separaten, unabhängigen Variablen arbeiten, und set-theoretischen Methoden, welche Fälle als Konfigurationen von Bedingungen ansehen. Technisch wird eine neue und verbesserte Variante zur Analyse von Fuzzy-Sets präsentiert, welche sich von der Variante in "Fuzzy-Set Social Science" (Ragin 2000) unterscheidet. So verwendet die neue Variante die von Crisp-Set QCA bekannte Wahrheitstabelle ("truth table"), welche durch das Erfassen der Verteilung der verschiedenen Fälle auf den Achsen des Vektorraumes (Ragin 2000) und das anschließende Erheben der Konsistenz dieser Fälle bezüglich dem "outcome" gebildet wird. Dies erhöht die Transparenz der Analyse (Ragin 2008: 128) und erlaubt es neu, notwendige und hinreichende Bedingungen auch für Fuzzy-Sets gemeinsam zu erheben. Teil vier nimmt sich wiederum einem vom Autor bisher (Ragin 2000) zwar angetönten, aber eher vernachlässigten Problem an, nämlich den "counterfactual cases". Da natürlich auftretende soziale Phänomene grundsätzlich in ihrer Diversität limitiert sind, kompliziert sich deren Analyse (Ragin 2008: 147). Von einer kausalen Kombination, die als solche nicht vorkommt, weiss man nicht, was für ein "outcome" sie generieren würde, würde sie denn vorkommen. Deshalb hat diese Kombination einen Einfluss auf die Analyse und sollte als "counterfactual case" mit einbezogen werden. Mit der Unterscheidung zwischen einfachen und schwierigen "counterfactuals" sowie durch gut verfolgbare Beispiele zeigt Ragin, wie Anwender mit solchen Fällen umzugehen haben.

Die im letzten Teil des Buches wieder aufgenommene Diskussion über die Einschränkungen des Denkens in Netto-Effekten von einzelnen unabhängigen Variablen gegenüber den Vorzügen des Denkens in Konfigurationen von Bedingungen bringt gegenüber Ragins früheren Ausführungen (Ragin 1987 und 2000) keine neuen Erkenntnisse. Allerdings ist diesbezüglich die empirische Anwendung interessant, welche aufzeigt, wie rein quantitative und qualitativ-vergleichende Methoden (QCA) aus denselben Daten ("Bell Curve"-Datenset über Jugendliche, aus Herrnstein und Murray 1994) teils verschiedene, aber einander ergänzende Erkenntnisse hervorbringen können.

Nach diesem kurzen Überblick über den Inhalt des Buches komme ich nun also zurück zur Frage, ob der Text den hohen Erwartungen entspre-

chen kann. Die Antwort fällt eher zwiespältig aus, da gewisse Elemente des Buches, verglichen mit den Erwartungen, eher enttäuschen. Die durch den Titel suggerierte und somit erwartete Weiterführung des wichtigen Methoden-Dialoges zwischen King *et al.* (1994) und Brady und Collier (2004) fehlt fast gänzlich. Zur Verteidigung des Autors muss hier festgehalten werden, dass er sogleich zu Beginn des Textes bemerkt, dass er nicht auf diese "Vorgängerwerke" eingehen wird, sondern durch sein Buch einen Mittelweg zwischen quantitativer und qualitativer Forschung vorschlägt (Ragin 2008: 1 ff.). Der Buchtitel ist somit eher irreführend und wohl nicht zuletzt aus promotionstechnischen Gründen gewählt. Wer an einer Weiterführung der "Quantitative vs. Qualitative"-Diskussion interessiert ist, ist z.B. mit Autoren wie Mahoney und Goertz (2006) oder George und Bennett (2005) besser bedient, weil diese konkrete Argumente aus der Diskussion aufnehmen und weiterentwickeln. Auf der positiven Seite ist sicher zu erwähnen, dass die oben kurz zusammengefassten Ausführungen und Beispiele von technischen Anwendungen einiger wichtiger Elemente der fsQCA-Methode ohne Zweifel einen äusserst wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung der Methode darstellen. Bei der Kalibrierung, der Konsistenz, dem Deckungsgrad und den "counterfactuals" handelt sich eindeutig um Elemente, welche in "Fuzzy-Set Social Science" (Ragin 2000) unterentwickelt sind und somit Klärungsbedarf haben. Für Forscherinnen und Forscher, welche sich schon mit der Methode auseinandergesetzt haben, ist dieses Buch somit eine wichtige Ergänzung, die bei der korrekten Anwendung von fsQCA behilflich sein wird. Als Einführung in die Methode sind jedoch "Fuzzy-Set Social Science" (Ragin 2000) oder (Rihoux und Ragin 2008) besser geeignet. Letzteres Werk soll hier ebenfalls kurz kommentiert werden.

Wie von den Autoren Rihoux und Ragin erwähnt, ist dieser Sammelband mit Beiträgen von mehreren Autoren als Lehrbuch anzusehen, welches den Leser systematisch in die QCA-Methode einführen und ihm die verschiedenen Varianten näherbringen soll. Der Lehrbuchcharakter wird sowohl durch die in die Kapitel eingebauten Textfelder, welche dem Leser eine Übersicht über die Ziele des Kapitels sowie eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte liefern, als auch durch das am Ende des Buches angehängte Glossar mit den wichtigsten Begriffen (S. 181–84), klar ersichtlich. Der ganze Text bleibt damit verständlicherweise oberflächlich, an Details interessierte Leser werden denn auch von den Autoren selbst auf Werke von Ragin (1987, 2000, 2008), Schneider und Wagemann (2007) oder Caramani (2008) verwiesen.

Im ersten Kapitel des Buches werden die Logik von QCA erklärt und Unterschiede sowie Vorteile gegenüber anderen Methoden hervorgehoben. Diese Elemente enthalten keine neuen Erkenntnisse, das Kapitel kann jedoch als eine informationsreiche Zusammenfassung der Hauptargumente angesehen werden. Dasselbe gilt auch für das zweite Kapitel, welches das zu QCA passende, komparative Forschungsdesign erklärt und vor allem auf die Auswahl der Fälle sowie der “conditions” (Bedingungen für das “outcome”) eingeht. In den Kapiteln 3 bis 5 ist der Lehrbuchcharakter des Buches am klarsten ersichtlich. Hier wird der Leser nacheinander in die grundsätzliche Methode des Crisp-Set QCA und in deren Weiterentwicklungen Multi-Value QCA und Fuzzy-Set QCA eingeführt. Somit ist dieser erste Teil des Buches vor allem Neueinsteigern zu empfehlen, er kann aber auch durchaus Kennern der Methode als konzise Zusammenfassung dienen. Für beide sind dann aber sicher die Kapitel 6 bis 8 von besonderem Interesse.

Kapitel 6 stellt ausgewählte Anwendungen vor, anhand derer auftretende Probleme und konkrete, innovative Lösungen dafür besprochen werden. Im darauffolgenden Kapitel wird dann häufig formulierten Kritikpunkten an der Methode begegnet. Diese sind zwar zumeist bereits bekannt, der Wert des Kapitels liegt aber in der systematischen Beantwortung dieser Kritiken. Laut den Autoren ist zwischen zwei Arten von Kritiken zu unterscheiden. Einerseits existieren selbstverständlich reelle Limiten, für welche mögliche Auswege vorgeschlagen werden. Andererseits gibt es Kritiken, die von ontologischen und epistemologischen Missverständnissen herrühren und als solche enttarnt werden. Dieses Kapitel zeugt von Eigenkritik, illustriert aber auch exemplarisch die noch immer eher defensive Haltung der Verfechter der wiederaufkommenden qualitativen Methoden (siehe Mahoney 2007; Levy 2007). Im letzten Kapitel geht es schliesslich um verbleibende Herausforderungen und mögliche zukünftige Entwicklungen der Methode. Speziell hervorgehoben wird hier die Wichtigkeit der Kombination der verschiedenen QCA-Techniken als auch die Kombination von QCA mit anderen Methoden.

“Redesigning Social Inquiry – Fuzzy-Sets and Beyond” (Ragin 2008) behandelt wichtige methodologische Details und dürfte vor allem für Kenner von QCA interessant sein – nur ist leider der Titel des Buches etwas irreführend. “Configurational Comparative Methods” (Rihoux und Ragin 2008) hingegen ist vor allem als Lehrbuch für Einsteiger zu verstehen, beinhaltet aber nichtsdestotrotz auch für Fortgeschrittene einige interes-

sante Diskussionspunkte. Beides sind angenehm zu lesende Bücher, deren Inhalt eine innovative Methode mit Sicherheit vorwärts bringt.

Literatur

- Brady, H. und D. Collier. (2004). *Rethinking Social Inquiry: Diverse Tools, Shared Standards*. Lanham: Rowman and Littlefield.
- Caramani, D. (2008). *Introduction to Comparative Method with Boolean Algebra*. Thousand Oaks: Sage.
- George, A. und A. Bennett (2005). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge: MIT Press.
- Hernstein, R. und C. Murray (1994). *The Bell Curve: Intelligence and Class Structure in American Life*. New York: Free Press.
- King, G., Keohane, R. und S. Verba (1994). *Designing Social Inquiry*. Princeton: Princeton University Press.
- Levy, J. (2007). Qualitative Methods And Cross-Method Dialogue in Political Science. *Comparative Political Studies* 40: 196–214.
- Mahoney, J. (2007). Qualitative Methods and Comparative Politics. *Comparative Political Studies* 40: 122–44.
- Mahoney, J. und G. Goertz (2006). A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research. *Political Analysis* 14(3): 227–49.
- Ragin, C. (1987). *The Comparative Method. Moving beyond qualitative and quantitative strategies*. Berkeley: University of California Press.
- (2000). *Fuzzy-Set: Social Science*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Ragin, C. und B. Rihoux (2008). *Configurational Comparative Methods: Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related Techniques. Applied Social Research Methods Volume 51*. Sage Publication.
- Schneider, C. und C. Wagemann (2007). *Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch Für Anwender und solche, die es werden wollen*. Opladen: Barbara Budrich.

Manuel Fischer
Département de Science Politique
Université de Genève

Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis

Baer, Matthias und Werner Seitz (Hrsg.)

Chur: Rüegger (2008), 180 S., ISBN 978-3-7253-0882-8.

Als junge Partei, die sich nicht nur kurzfristig erfolgreich auf dem elektoralen Markt positionieren kann, sind die Grünen ein rares Phänomen in den Parteiensystemen der westeuropäischen Länder, und so auch der Schweiz. Seit dem Landesring der Unabhängigen gab es in der Schweiz keine neue Partei, die sich so lange behaupten konnte, ohne ein Dasein als marginalisierte Kleinstpartei zu fristen. Auch wenn sich der Sammelband von Baer und Seitz kaum an der Literatur über die Entstehung neuer Parteien orientiert (Harmel und Robertson 1985; Hug 2001; Meguid 2005; Sikk 2006), reiht er sich zweifellos als fundierte Fallstudie in diese Forschungstradition ein. Die Grünen erscheinen dabei besonders zentral, weil sie unter anderem zur Verankerung des in den letzten Jahrzehnten entstandenen postmaterialistischen Cleavages im Parteiensystem beitragen (siehe auch die Sonderausgabe des *European Journal of Political Research* (Rihoux und Rüdiger 2006)).

Längst haben die Schweizer Grünen eine fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung verdient, die sie mit dem vorliegenden Sammelband – mit Beiträgen namhafter Autorinnen und Autoren aus der schweizerischen Parteienforschung und benachbarten Forschungsgebieten – auch erhalten. So unterschiedlich die Mitwirkenden und ihr beruflicher Hintergrund, vom Journalisten bis zu den Geografen, so vielfältig sind auch die Herangehensweisen und die Aspekte, die der Band ausleuchtet. Der Fokus wird zudem auch ausgeweitet, indem etwa punktuell die Grünen der SP gegenübergestellt werden, oder indem ökologische Abstimmungsvorlagen beleuchtet werden, die nur in der Minderzahl den Grünen selbst zuzuschreiben sind.

Werner Seitz verfolgt das Zusammenwachsen der verschiedenen grünen Organisationen in eine nationale Partei und beleuchtet die kantonal heterogenen Ursprünge der Grünen, von Ökobewegungen jenseits der Links-Rechts-Achse bis hin zu ehemals marxistischen oder trotzkistischen Parteien (Progressive Organisationen POCH, Revolutionär-Marxistische Liga/Sozialistische Arbeiterpartei RML/SAP). Letztere haben sich zunächst in Grünalternative gewandelt, und später in den 1980er und 1990er Jahren bei den Grünen Unterschlupf unter einem eher dem Zeitgeist entsprechenden Dach gefunden.

Andreas Ladner liefert einen statistisch unterlegten Einblick in die Parteistruktur der Grünen, basierend auf einer Befragung, die er bei Lokalpar-

teien durchgeführt hatte. Die Grünen erscheinen als sehr aktive Bewegung, die auf der Strasse sehr präsent ist, sei es bei Unterschriftensammlungen für direktdemokratische Vorstösse oder bei Protestaktionen. In der Schweiz greifen gerade Oppositionsparteien oft auf ausserparlamentarische Formen der Politik zurück. Der Vergleich der zwei Befragungswellen 1990 und 2003 zeigt zudem einen leichten Linksruck der befragten Sektionen, wobei die Grünen aber sehr nahe bei den SP-Positionen bleiben. Interessant wäre es zu untersuchen, ob die politische Verschiebung auf die Aufnahme von grünalternativen Kantonalparteien durch die Schweizer Grünen zurückzuführen ist, ob es sich um einen allgemeinen (in geringerem Masse auch bei der SP bemerkbaren) Trend handelt, oder ob innerhalb ein und derselben Parteisektionen ein veritabler Meinungsumschwung stattgefunden hat. Gerade weil sich die Grünen aber als basisnahe Bewegung ohne feste Strukturen definiert haben, stellt sich bei manchen im Kapitel diskutierten Aspekten das Problem der Vergleichbarkeit der Strukturdaten zu stärker etablierten und strukturierten Parteien.

Adrian Vatter und *Isabelle Stadelmann-Steffen* zeigen anhand von Daten aus der schweizerischen Wählerbefragung *selects* auf, dass grüne Wählerinnen und Wähler über aussergewöhnlich hohe Bildungsabschlüsse verfügen im Vergleich zu anderen Parteien, und dass sie seit den 1980er-Jahren durchschnittlich etwas älter wurden, wobei die jüngeren Wählerinnen und Wähler trotzdem weiterhin das Rückgrat der grünen Wählerschaft bilden. Auch die wählerbasierte Selbstverortung ergibt das Bild einer dezidiert links verankerten Partei.

Matthias Baer beleuchtet facettenreich das Verhältnis von SP und Grünen. Vielfach sind beide Parteien ähnlich ausgerichtet, wobei beide gelegentlich ihren Kurs korrigiert haben. Die SP hatte bereits in den frühen 1980er-Jahren umweltpolitische Aspekte ins Programm aufgenommen, und die Grünen – auch wenn sie sich anfänglich jenseits des Links-Rechts-Schemas definierten – reihten sich in der Realpolitik sehr rasch links und sehr nahe der SP ein (S. 76–77). Für die Schaffung von Mehrheiten sind die Parteien denn auch eher auf Kooperation denn auf Konkurrenz angewiesen. Aus der zeitweise gegenläufigen Wahlkonjunktur von SP und Grünen zieht Baer Schlüsse, die je nach Wahljahr sehr unterschiedlich ausfallen, und auf einer Vielfalt von Erklärungsmustern beruhen. Er erklärt die in Wählerzahlen gemessenen Erfolge von SP und Grünen durch programmatische Aspekte, wie die Europafrage oder die Globalisierung, durch die Regierungsbeteiligung, die wirtschaftliche Konjunktur, die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems, die Personalpolitik und die Geschlossenheit

der Parteien – teils aber auch ihre inhaltliche Vielfältigkeit. Die Fülle an reichem und detailliertem empirischem Wissen und der Rückgriff auf unterschiedlichste Erklärungen lässt die Argumentation teilweise aber auch als ad-hoc erscheinen.

Die Verortung der Grünen auf dem Links-Rechts-Schema von *Michael Hermann* zeigt, basierend auf dem von Hug und Schulz (2007) analysierten Abstimmungsverhalten der Nationalräte, dass die Grünen die SP leicht links überholt haben, wenn auch sie sich meistens sehr unweit von der SP bewegen. Sachpolitisch zeigen sich Unterschiede zwischen den beiden Parteien vor allem in der Aussenpolitik, wo die Grünen in einigen Vorlagen prinzipientreuer agieren, während dem die SP konsequenteröffnungsbereit ist. Die von den Autoren verwendete Skala lässt die Grünen interessanterweise aber gerade wegen dieser aussenpolitisch teils sehr ideologisch anmutenden Positionen als moderater als die SP erscheinen (S. 90).

In zwei Kapiteln bespricht *Madeleine Schneider*, einmal mit *Werner Seitz* als Koautor, die Wählerstärke der Grünen. Einerseits unterstreichen die Autoren die neue Machtposition des rotgrünen Lagers in sechs von acht mittleren und grösseren Städten der Schweiz. Sie argumentieren, dass die Rotgrünen die urbanen Mittestimmen holen und die Bürgerlichen deswegen schwach bleiben (S. 101). Dies wirft aber auch das Rätsel auf, ob dies nicht auch implizieren sollte, dass SP und Grüne in den Städten andere, moderatere Positionen vertreten als anderswo. *Schneider* dokumentiert ferner, wie sich die Grünen in den eidgenössischen und kantonalen Wahlen behauptet haben. Insbesondere in den Parlamenten weisen die Grünen auch einen sehr hohen Frauenanteil auf.

Regula Zürcher zeigt, dass die Grünen sowohl ökologische als auch andere linke Themen zur Volksabstimmung bringen, die weit weg von der Mehrheitsmeinung liegen, etwa das grüne Referendum gegen die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT), die von ihnen unterstützte Kleinbauern- oder die Quoteninitiative. Gleichzeitig zeichnet Zürcher die Grünen in Abstimmungskämpfen jedoch als pragmatische Kraft, und oftmals gehen sie Hand in Hand mit der SP. Demgegenüber zeigt *Michael Hermanns* und *Heiri Leutholds* Kapitel, dass die Grünen nur einer von vielen umweltpolitischen Akteuren in der direkten Demokratie sind, und dass die Unterstützung ökologischer Anliegen in Volksabstimmungen weit über die grüne Wählerbasis hinausgeht.

Das Bild wird von *Martin Dolezals* Beitrag abgerundet, das die Schweizer Grünen in ihrer Programmatik mit ihren europäischen Schwesterparteien vergleicht.

Die Herausgeber schreiben den Grünen als nachhaltigste und erfolgreichste Parteigründung der letzten Jahrzehnte (oder gar seit Gründung der BGB/heutigen SVP) eine grosse Bedeutung zu. Gerade deswegen mag aber die wiederholte und prominente Besprechung der Entwicklungsprognosen nebst den Grünen auch der Grünliberalen erstaunen, einer Partei notabene, die aus einem auf den Kanton Zürich beschränkten innergrünen Konflikt entstanden ist, und die auch bis ins Jahr nach Erscheinen des Sammelbandes bislang nur in wenigen Deutschschweizer Kantonen vereinzelt Mandate erringen konnte. So wird die Bedeutung der Grünliberalen für die Positionierung und den Erfolg von Grünen (und SP) von den Autoren unterschiedlich eingeschätzt. Ferner werden unterschiedliche Spekulationen zum möglichen Wähler- und Expansionspotenzial angestellt, die aber im empirischen Material nur wenig verankert und zwischen den Kapiteln auch nicht vollständig kohärent sind.

Die unterschiedlichen, meist deskriptiven Herangehensweisen geben einen sehr umfassenden Einblick in die Parteigeschichte, -strukturen und die Wählerschaft der Schweizer Grünen. Dabei tendieren die Autoren auch zu unterschiedlichen Schlüssen, etwa darüber ob die Grünen links oder in der Mitte besonders erfolgreich sind, oder über den Raum, den sie einer eher in der Mitte orientierten Grünliberalen Partei bieten. Ein Teil des Analysematerials lässt die Grünen als pragmatisch orientierte Partei erscheinen, die sich durch weniger Ideologie als die SP auszeichnet. Der Blick auf ihre Parteigeschichte und auf die Rolle der Grünen in der direkten Demokratie lässt hingegen eher das Bild einer pointierten Linkspolitik aufkommen (S. 54). Andere Aspekte, etwa die institutionellen Rahmenbedingungen, die den Erfolg überhaupt möglich gemacht, aber auch in gewissen Kantonen blockiert haben, bleiben eher im Hintergrund. Als ergänzende Lektüre wäre diesbezüglich die Analyse von Selb und Pituctin (2009) zu empfehlen. Sie untersucht insbesondere die Bedeutung der Wahlkreisgeometrie und des Parteienwettbewerbs und zeigt damit, dass auch diese Erklärungen, die im Sammelband kaum zur Sprache kommen, für den Erfolg der Grünen in der Schweiz nicht unerheblich sind.

Literatur

Harmel, R. und J. Robertson (1985). Formation and Success of New Parties: A Cross-National Analysis. *International Political Science Review* 6(4): 501–23.

- Hug, S. (2001). *Altering Party Systems: Strategic Behaviour and the Emergence of New Political Parties in Western Democracies*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Hug, S. und T. Schulz (2007). Left-Right Positions of Political Parties in Switzerland. *Party Politics* 13(3): 305–30.
- Meguid, B. (2005). Competition Between Unequals: The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success. *American Political Science Review* 99(3): 347–59.
- Rihoux, B. und W. Rüdiger (2006). Analyzing Greens in Power: Setting the Agenda. *European Journal of Political Research* 45(1): 1–33 (Special Issue).
- Selb, P. und S. Pituctin (forthcoming). Some Methodological Issues in the Study of New Parties Entry and Electoral Success. *Party Politics* 15.
- Sikk, A. (2006). *Highways to Power: New Party Success in Three Young Democracies*. Tartu: Tartu Ülikooli Kirjastus.

Daniel Bochsler
Institut für Politikwissenschaft
Universität Zürich

Practising Citizenship and Heterogeneous Nationhood: Naturalisations in Swiss Municipalities

Helbling, Marc

Amsterdam: Amsterdam University Press (2008), 216 p., ISBN 978-90-8964-034-5.

With its decentralized practice of naturalization policies, Switzerland provides an arguably unique and certainly highly interesting case of a country where the admission to the formal status of national citizenship is decided almost completely at the municipal level. At the end of his theoretically and empirically rich book about heterogeneous nationhood, Marc Helbling rightly poses the question about the fairness of the Swiss citizenship procedure where the access to citizenship is contingent on the place where non-citizens, perhaps accidentally, happen to live. Moreover, apart from the normative issue about inclusion, what does it actually mean to be a Swiss

citizen, if membership attribution is so extremely decentralized? The answers to these pertinent questions are clearly not straightforward, and largely beyond the scope of this book, but there is no doubt that Helbling's admirable study provides important material for broader debate.

Marc Helbling, however, is not so much occupied with *normative* debates in this book, but primarily with studying the *empirical* causes of divergent local practices: *why* do some Swiss municipalities pursue more restrictive policies than others? His answer to this comparative question, which has not yet been studied so systematically and extensively before, is basically one about local power struggles: how important municipal actors think about belonging strongly influences the way in which they decide about who may belong. This may, to a relative outsider, not come as such a big surprise, but Helbling is careful to set his understanding of citizenship practice against the literature on nationhood and citizenship, which has for a long time suffered from essentialism, or what Roger Brubaker termed "groupism". This literature, following Kohn's classic distinction of civic and ethnic nations, for a long time at least, but perhaps to some extent still today, sees nations as "groups" framed by some kind of core idea about nationhood, which in turn influences the way in which admission to the group is regulated. In a wide ranging discussion of the state of the art, in the first chapters of the book, Helbling dismisses this approach for its analytical ambiguity as well as for its inherent assumption of endurance of these core ideas. On the first point, Helbling rightly criticizes the notions of civic and ethnic nations for being conceptually unclear and also highly burdened by normative connotations. On the second point, as citizenship policies haven't proven much more contingent, certainly in recent years, it becomes increasingly problematic to associate citizenship policies with supposedly relatively permanent ideas of nationhood. Instead, building on Bourdieu's notion of "field", Helbling proposes a model of contingent citizenship policies, where ideas about belonging are being continuously contested and, as a result, strongly depend on the specific political and temporal "field" in which citizenship is practised.

In the empirical part of the book, Helbling tests this model in a mixed-method comparative analysis of naturalization policy in Swiss municipalities. The empirical analysis consists of three distinct approaches, which very nicely complement each other. First, in a large-N study of 103 municipalities, Helbling measures the causal impact of a number of cultural, political and socio-economic factors, and shows that in particular the presence of a popular vote, the strength of the SVP, and a restrictive "understanding of

citizenship” tend to lead to higher “rejection rates” in naturalization procedures. Second, in a comparative study of fourteen selected municipalities, with varying rejection rates, Helbling is able to bring out the power factor better, by asking which actors are politically most relevant, and shows that in particular *their* understanding of citizenship has most explanatory power. Thirdly, in two in-depth studies of “mirror” restrictive and liberal municipalities from two cantons, Helbling is able to illustrate the general findings, by describing in more detail the naturalization processes and attitudes of the municipal actors that are involved in decision-making. Overall, the depth and extension of the empirical analysis, together with the laudable effort to combine different methodological approaches, deserve great praise and respect.

From a more critical perspective, and by no means withstanding the praise expressed above, one could point at perhaps two shortcomings and one missed opportunity. First, the important concept of “understanding of citizenship”, which is used in both the large-N analysis and the comparative study, and despite an extensive theoretical first part of the book, appears somewhat without notice in the empirical part. At times, the reader would have been better off with a less encompassing review of the literature, and with more specific hypothesis-building, more precise operationalisation of variables, and more straightforward description of the empirical variation on dependent and independent variables. Second, on methodological choices, the use of regression techniques for the analysis of the fourteen municipalities in the comparative study, certainly a bit unusual given the limited number of observations, is done without much explanation. The use of specific methods for medium-sized datasets, such as Boolean or fuzzy-set analysis, would perhaps have been more intuitively plausible. Thirdly, and partly related to the previous point, is that it is to some extent a pity that the whole analysis is presented without knowing which municipalities are actually being described. As a result of a promise of anonymity to the interviewees, the author uses fake names to describe all the cases. True, perhaps without this promise the author would not have obtained this amount of material, but at the same time I disagree with Helbling “that we are not interested in naturalization politics of specific municipalities” (p. 71). Particularly when making inferences on the basis of a relatively small number of cases, as in the comparative study of fourteen municipalities, knowing about which cases we talk not only adds empirical richness to the analysis, but also prevents one from overlooking important local particularities.

In the end, however, this is an exemplary comparative study of the contested issue of citizenship policy, in the highly interesting case of Switzerland. Helbling convincingly shows that, at least in the Swiss case, a single “national” model of citizenship is not useful to interpret the way in which naturalization is regulated. Perhaps more importantly, by proving a model to explain significant variation at the local level, Helbling’s study contributes greatly to the comparative study of citizenship attribution.

Maarten Vink

Maastricht University / University of Lisbon

New Public Management im Parlament: Auswirkungen auf die Steuerungsfähigkeit in den Kantonen

Schmidt, Nicolas

Zürich: Rüegger (2008), 133 S., ISBN 978-3-7253-0897-2.

Das New Public Management hat seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine weltweite Verbreitung gefunden, wie kaum ein anderes Verwaltungsführungsmodell zuvor. Obwohl sich die Terminologie und die Rhetorik in den meisten Ländern gleicht, ist die konkrete Praxis ausgesprochen unterschiedlich. Erwartungen, das NPM könne zu einer weltweiten Konvergenz der Verwaltungsführung führen (Kettl 1997), wurden weitgehend enttäuscht (Pollitt 2002). Viele prophezeien schon seit längerem das Ende des New Public Management. Dennoch bricht international gesehen der Strom neuer wissenschaftlicher Beiträge zum NPM nicht ab, und entsprechende Instrumente und Führungsansätze sind mittlerweile vielerorts Selbstverständlichkeit.

Im internationalen Vergleich gilt die Schweiz als ein “late mover” und wird fälschlicherweise oft im allgemeinen deutschsprachigen Raum eingebettet, gemeinsam mit Deutschland und Österreich. Hierzulande hat jedoch eine eigenständige (und konsequentere) Entwicklung stattgefunden, die in den frühen neunziger Jahren eingesetzt hat. Etliche Texte verschiedener Autoren analysieren, kommentieren und beschreiben diese Entwicklung (u.a. Schedler 1995; Mastronardi and Schedler 1998; Kettiger 2000; Steiner 2000; Rieder and Lehmann 2002; Ritz 2003; Lienhard, Ritz et al. 2005; Ladner, Cemerin et al. 2007; Proeller 2007), und die Fülle an Lite-

ratur ist mittlerweile enorm. Was zunächst ein stark betriebswirtschaftlich motiviertes Reformmodell war, hat sich in der Schweiz im Lichte der interdisziplinären Debatte längst zu einem Ansatz entwickelt, der heute als Public Governance bezeichnet würde. Die enge Anbindung an privatwirtschaftliche Konzepte und rein ökonomische Grundsätze wurde – jedenfalls in der deutschen Schweiz – rasch aufgegeben. Dies ist die Grundlage der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung, der Schweizerischen Ausprägung des NPM, deren konkrete Projekte mehrfach evaluiert wurden.

Nun liegt eine neue Studie vor, die ihren Blick auf einen der dominierenden Akteure in der WoV-Reform legt: auf die Parlamente. Eigene Untersuchungen machen deutlich, dass das Verhältnis von Exekutive und Legislative für den Erfolg von Reformen zentral war (Schedler and Mastronardi 2005; Schedler 2008). Nicolas Schmidt legt seinen Fokus dabei auf die Steuerungsmöglichkeiten, die das NPM den Parlamenten bereitstellt. Er beschreibt zunächst das Modell der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung, sammelt – durchaus auch kritische – Kommentare zum NPM in der Schweiz, analysiert die Steuerungsmöglichkeiten, beschreibt die Erfahrungen mit WoV-Reformen in den Kantonen und kommt schliesslich zu einer Synthese. Für “WoV-versierte” Lesende beginnen die spannenden Ausführungen ab Kapitel 4 (Steuerungsmöglichkeiten). Schmidt zeichnet darin ein differenziertes, aber insgesamt mehrheitlich positives Bild des NPM in der Schweiz. Dies zeigt sich etwa in der Tabelle 11 (S. 84 f.), die die Kantone nach Umfang der Einflussmöglichkeiten des Parlaments gruppiert. Sechs Kantone (AG, BE, OW, SH, SO, ZH) haben grosse, drei (LU, SZ, VS) mittlere Möglichkeiten geschaffen, während vier (FR, GR, TG, ZG) als “gering” kategorisiert wurden. Ein vertiefter Blick auf die Ergebnisse zeigt: wer die Empfehlungen des “Reinmodells” WoV bezüglich Instrumentierung und Kompetenzzuweisungen umsetzt, schafft grosse Einflussmöglichkeiten für das Parlament. Befürchtungen, das Parlament verliere durch WoV an Einfluss, sind demnach vom Konzept her nicht gerechtfertigt. Dennoch – und hier greife ich dem Fazit Schmidts vor – verbinden die meisten Parlamentsmitglieder, die nicht in mächtigen Kommissionen sitzen, die WoV mit einem Machtverlust zugunsten von Exekutive und Verwaltung.

Mittels einer breiten Analyse der Literatur und der vorhandenen Evaluationen geht Schmidt danach der Frage der strategischen Steuerung durch das Parlament nach. Obwohl die WoV als ein Kernelement die Leistungs- und Wirkungsziele mit entsprechender Messung vorgibt, bestehen hier noch grosse Lücken in der praktischen Umsetzung. Vom perfekten Leistungs-

und Wirkungscontrolling ist man in der Schweiz noch weit entfernt. Dennoch bescheinigen die Parlamentsmitglieder der WoV, qualitativ bessere Informationen für ihre Entscheide (nicht jedoch zur direkten Steuerung!) bereitzustellen. Eine eigene Erhebung Schmidts im Jahre 2007 bei allen Staatskanzleien zielte auf die Frage, in welchem Ausmass die Parlamente von ihren vorhandenen Möglichkeiten Gebrauch machen. Hier zeigt sich, dass es vor allem das neue Instrument des Auftrags bzw. der Leistungsmotion ist, das mehrheitlich die Aktionen der Parlamente stärkt. Ausserdem, und das hat mich persönlich im Ausmass überrascht, scheinen die mittelfristigen Steuerungsinstrumente (Aufgaben- und Finanzplan sowie Legislaturplan) grosse Akzeptanz in den Parlamenten zu finden. Dieses Element der politischen Planung wurde erst in einer zweiten Reformwelle konzipiert (Brühlmeier, Haldemann et al. 2001), scheint aber auf Nachfrage gestossen zu sein.

Zusammenfassend kommt Schmidt zu folgenden Schlüssen:

Erstens: NPM hat eine Steigerung des Bewusstseins der Parlamentsmitglieder für die strategische Steuerung mit sich gebracht. Trotzdem halten nach wie vor Viele an operativen Eingriffen fest.

Zweitens: die Wirkungssteuerung und -messung ist ein in der Praxis ungelöstes Problem. Parlamentarier beklagen, dass die Verwaltung ihnen dazu zu wenig für die Steuerung brauchbare Information bereitstellen, sind aber trotzdem im Allgemeinen zufrieden mit der Berichterstattung.

Drittens: die Steuerungsinstrumente, die dem Parlament zur Verfügung gestellt werden, nutzt dieses in aller Regel recht gut. Recht verbreitet ist allerdings eine Unsicherheit über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Regierung und Parlament.

Viertens: Die Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments werden als eher unbefriedigend empfunden, während sich die Aufsichtsfunktion verbessert habe. Insgesamt wird ein Verlust an Macht beklagt.

Diese Schlussfolgerungen sind ausgesprochen spannend und verdienen eigentlich eine vertiefte Diskussion. Wie kommt es beispielsweise, dass die Parlamentsmitglieder mit der Berichterstattung der Verwaltung insgesamt zufrieden sind, wo sie doch mit den vorgelegten Informationen nicht steuern können? Die Antwort dazu gibt Schmidt nicht, jedoch sind m.E. Hinweise darauf in einer anderen kantonalen Studie zu finden: Rieder und Widmer (2007) berichten nämlich, dass sich die politische Perspektive nach wie vor stark gegenüber der betriebswirtschaftlichen behauptet. Letztere würde eine Steuerung über konkrete Ziele und Daten befürworten, während erstere im Einzelfall meist mit wenig konkreten Angaben zu

argumentieren in der Lage ist. Mit anderen Worten: Die Klage über die fehlenden Steuerungsmöglichkeiten könnte mehr eine Folge der Versprechungen der WoV sein, als eine Reaktion auf tatsächliche Bedürfnisse. Das wäre zu diskutieren und zu vertiefen.

Schmidts Studie ist ein weiteres Bauteil einer Reihe von Forschungsarbeiten über die WoV in der Schweiz, die auf allen drei Staatsebenen zu finden sind. Die Schweiz und ihre Reformen sind damit mittlerweile gut erforscht, und sie geniessen international zunehmend Beachtung. Die Frage der Steuerungsfähigkeit stellt Schmidt zu Recht, denn sie ist ein Kernelement der WoV, die mit dem Anspruch angetreten ist, eben diese nachhaltig zu verbessern. Die Ergebnisse bestätigen das bestehende Wissen, nicht zuletzt, weil sie mehrheitlich aus der bestehenden Literatur abgeleitet sind. Vergleichbare Studien, etwa jene von Rieder und Widmer (2007), gehen meist weiter und tiefer. Von fast allen wird beklagt, die Leistungs- und Wirkungssteuerung sei defizitär. So lange dies so bleibt, fehlt dem Parlament das wesentliche Instrument, um den konzeptionell vorgesehenen Einflussgewinn in der Praxis zu nutzen. Die Kompensation des Machtverlustes, der sich aus dem Globalbudget ergibt, durch Steuerungsmöglichkeiten bei Leistungen und Wirkungen, wird nur wirksam, wenn diese Möglichkeiten auch wirklich genutzt werden. Es scheint, dass hier noch einige Nachbesserungen vorgenommen werden sollten.

Der Wert der Studie liegt in zwei Dingen: Die umfassende Analyse der bestehenden Erkenntnisse zum Thema "Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments" bringt die manchmal unüberschaubare Fülle auf den Punkt. Ausserdem legt Schmidt mit seiner Befragung der Staatsschreiber der Kantone eine aktuelle, vergleichende Bestandesaufnahme vor, die allerdings ihrerseits den Bias der spezifischen Sichtweise der befragten Gruppe haben dürfte. In der Interpretation der Ergebnisse bemüht sich Schmidt sichtlich, einen gesunden Abstand zu seinen eigenen Daten einzunehmen. Immer wieder verweist er auf aktuelle Informationen, die ihm fehlen, und er zeichnet ein angenehm differenziertes Bild der Situation der WoV-Reformen in der Schweiz. Aufgrund der dichten Darstellung ist das Buch sowohl für Praktikerinnen und Praktiker, wie auch für Studierende und Forschende, eine wertvolle Lektüre.

Literatur

- Brühlmeier, D., Haldemann, T. et al. (2001). *Politische Planung: Mittelfristige Steuerung in der wirkungsorientierten Verwaltungsführung*. Bern: Haupt.
- Kettiger, D. (2000). *Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und Gesetzgebung: Untersuchungen an der Schnittstelle zwischen New Public Management und Gesetzgebung*. Bern: Haupt.
- Kettl, D. (1997). The Global Revolution in Public Management: Driving Themes, Missing Links. *Journal of Policy Analysis and Management* 16(3): 446–62.
- Ladner, A., Cemerin, M. et al. (2007). *Evaluation der Parlaments- und Verwaltungsreform: Neue Stadtverwaltung Bern NSB*. Bern: Haupt.
- Lienhard, A., Ritz, A. et al. (2005), (Hrsg.). *10 Jahre New Public Management in der Schweiz: Bilanz, Irrtümer und Erfolgsfaktoren*. Bern: Haupt.
- Mastronardi, P. und K. Schedler (1998). *New Public Management in Staat und Recht: Ein Diskurs*. Bern: Haupt.
- Pollitt, C. (2002). Clarifying Convergence: Striking Similarities and Durable Differences in Public Management Reform. *Public Management Review* 4(1): 471–92.
- Proeller, I. (2007). Outcome-orientation in Performance Contracts: Empirical Evidence from Swiss Local Governments. *International Review of Administrative Sciences* 73(1): 95–111.
- Rieder, S. and L. Lehmann (2002). Evaluation of New Public Management Reforms in Switzerland: Empirical Results and Reflections on Methodology. *International Public Management Review* 3(2): 25–43.
- Rieder, S. und T. Widmer (2007). *Kantone im Wandel: Reformaktivitäten der Schweizer Kantone zwischen 1990 und 1999: Ursachen, Ausgestaltung und Konsequenzen*. Bern: Haupt.
- Ritz, A. (2003). *Evaluation von New Public Management: Grundlagen und empirische Ergebnisse der Bewertung von Verwaltungsreformen in der schweizerischen Bundesverwaltung*. Bern: Haupt.
- Schedler, K. (1995). *Ansätze einer Wirkungsorientierten Verwaltungsführung*. Bern: Haupt.
- (2008). Politiker und Verwaltungsmanager in der Reform: Konflikt oder Symbiose? Eine Analyse anhand von Reformen in der Schweiz. *der moderne staat* 1(1).

- Schedler, K. und P. Mastronardi (2005). Redesigning Political Governance: Reforms in Parliamentary Committees' Work in Switzerland. *Policy Studies Journal* 33(2): 259–82.
- Steiner, R. (2000). New Public Management in Swiss Municipalities. *International Public Management Journal* 3(2): 169–90.

Kuno Schedler
Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus
Universität St. Gallen

The Psychology of Nuclear Proliferation: Identity, Emotions, and Foreign Policy

Hymans, Jacques E. C.

Cambridge: Cambridge University Press (2006), 273 S., ISBN 978-0-521-61625-6.

Nuclear Logics: Contrasting Paths in East Asia and the Middle East

Solingen, Etel

Princeton: Princeton University Press (2007), 420 S., ISBN 978-0-691-13468-0.

Nonproliferation Norms: Why States Choose Nuclear Restraint

Rublee, Maria Rost

Athens: University of Georgia Press (2009), 297 S., ISBN 978-0-8203-3235-2.

Warum streben einige Staaten nach Atomwaffen – andere hingegen nicht? Wie lässt sich die (Nicht-) Proliferation von Atomwaffen theoretisch erklären? Die Politikwissenschaft hat diese Fragen lange Zeit eher mit geringem Interesse behandelt. Vielfach wurde die Interpretationshoheit zudem der (neo-)realistischen Schule überlassen, so dass die gängigste Erklärung für die Proliferation von Atomwaffen auf staatliche Unsicherheit als ausschlaggebende Variable verwies: Vor dem Hintergrund der anarchischen Strukturbedingungen des internationalen Systems und der Ungewissheit über (zukünftige) Absichten anderer Akteure seien Staaten de facto dazu gezwungen, Atomwaffen als Ultima Ratio anzustreben. Zwar sind die

Stringenz und Klarheit dieses Arguments suggestiv – die Empirie mahnt jedoch zur Vorsicht: Während wir, der realistischen Lesart folgend, eine aggressive Proliferationsdynamik und eine Vielzahl von Atomwaffenstaaten zu erwarten hätten, scheint der empirische Befund doch etwas mehr Anlass zu Hoffnung zu geben. Anders als in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder vorhergesagt, leben wir heute weder “in a nuclear-armed crowd” (Wohlstetter 1976), noch sind wir umgeben von mehreren Dutzend Atomwaffenstaaten, wie es John F. Kennedy einst prognostizierte (New York Times 1963). Es drängt sich also nicht nur die Frage auf, wie wir das Rüstungsverhalten von Staaten besser verstehen können, sondern auch, wieso so viele Staaten – allen technologischen Fähigkeiten zum Trotz – darauf verzichten haben, diese Waffen zu entwickeln. Beide Fragen stehen im Mittelpunkt von drei neueren Publikationen, die – wenngleich auf unterschiedliche Weise – einen wichtigen Beitrag zum Verständnis dieser theoretischen Aspekte sowie verschiedener empirischer Fälle leisten.

Den unter methodologischen Gesichtspunkten eigenständigsten und innovativsten Beitrag leistet Jacques E. C. Hymans’ *The Psychology of Nuclear Proliferation. Identity, Emotions, and Foreign Policy*. Hymans versucht zu zeigen, dass die Entscheidung für oder gegen die Anschaffung von Atomwaffen in erster Linie abhängig ist von “the hearts of state leaders” (S. 7). Ob Staaten Atomwaffen anstreben, wird demnach nicht durch strukturelle Zwänge des internationalen Systems, universale Normen und Werte oder bürokratische Interessen bestimmt, sondern durch die Identitätskonzepte der verantwortlichen Staats- oder Regierungschefs. Um diese Hypothese zu belegen, entwickelt Hymans eine Matrix aus vier idealtypischen, sogenannten “national identity conceptions” (NIC): “[N]ational identity conceptions are individuals’ particular interpretations of the nation’s identity” (S. 27). NICs beschreiben das Bild, das sich ein Staats- oder Regierungschef von der als legitim und natürlich empfundenen Rolle oder Position “seines” Staates im Vergleich zu anderen macht – in gewisser Weise handelt es sich bei Hymans Modell damit um eine Mischung aus Holstis *national role conceptions* und Alexander Georges *operational codes*. Hymans zufolge wird die NIC eines Regierungsakteurs geprägt durch zwei Faktoren: die Solidaritätsdimension sowie die Statusdimension. Die Solidaritätsdimension beschreibt, ob ein Regierungschef sein Land eher in einer antagonistischen Rivalität (“oppositional”) mit anderen sieht oder nur in “sportsmanlike competition”. Die Statusdimension wiederum definiert, wie “hoch” der Akteur den Staat im Vergleich zu anderen Staaten beurteilt – schätzt er den eigenen Staat als gleichwertig bis überlegen oder

als unterlegen ein? Auf der Grundlage dieses Modells ergibt sich eine Matrix, die vier mögliche Identitätskonzeptionen hervorbringt: *sportsmanlike subaltern*, *sportsmanlike nationalist*, *oppositional subaltern*, *oppositional nationalist* (S. 25). Jede dieser Identitätskonzeptionen ist laut Hymans verbunden mit bestimmten Emotionen – und zwar Angst und/oder Stolz (S. 29). Eine nationalistische Haltung generiert Stolz, während eine oppositionelle Positionierung zu Angst vor dem Gegenüber führt. Für die von Hymans identifizierte Gruppe der *oppositional nationalist leaders* bedeutet dies, dass ihre Identitätskonzeption gegenüber anderen Staaten sowohl von Stolz als auch von Angst geprägt ist; eine “fatale Kombination”, wie der Autor erläutert, führt sie doch dazu, dass *oppositional nationalist leaders* – im Gegensatz zu den anderen drei identifizierten Akteurstypen – besonders prädestiniert sind, nach Atomwaffen zu streben: “[T]he operations of fear and pride together point the oppositional nationalist leader strongly in the direction of seeking the bomb ...” (S. 36). Mit dieser Annahme grenzt sich Hymans deutlich von der oben skizzierten traditionellen Forschung zu Proliferationsursachen ab. Anstatt auf (vage) Bedrohungen und Unsicherheiten im internationalen System zu verweisen, führt er das Streben nach Atomwaffen monokausal zurück auf die (relationalen) Identitätskonzeptionen einzelner Entscheidungsträger.

Im Anschluss an den theoretischen Teil liefert Hymans dann vier Fallstudien (die Rüstungsentscheidungen Frankreichs, Australiens, Argentiniens und Indiens), in denen er das zuvor operationalisierte Identitätskonzept in Reden, Regierungserklärungen und anderen offiziellen Dokumenten inhaltsanalytisch “aufzuspüren”, zu interpretieren und quantitativ zu “messen” versucht. Und zweifellos liegt hierin eine der grossen Stärken des Buchs: die Untersuchung ist äusserst sorgfältig, transparent und von einer geradezu vehementen Stringenz.

Dahinter verbirgt sich aber leider auch eine zentrale Schwäche: Hymans lässt von der ersten Seite an wenig Zweifel daran, dass dieses monokausale Modell, welches die Ursachen der Proliferation allein in den Identitätskonzeptionen individueller Akteure verortet, ausreichend ist, um zu erklären, warum einige (wenige) Staaten nach Atomwaffen streben, die meisten anderen aber nicht. Dazu reduziert er nicht nur das Identitätskonzept (auf lediglich vier mögliche Ausprägungen), sondern auch den Faktor Emotion (auf nur zwei ausschlaggebende Formen). Natürlich ermöglicht erst diese strikt limitierte Vorgehensweise ein hohes Mass an Fallvergleichbarkeit. Sie lässt die Untersuchung aber auch etwas forciert und stellenweise zu

reduktionistisch erscheinen. Multikausalität – zum Beispiel in Form von systemischen oder bürokratischen Einflüssen – lässt Hymans nicht zu.

Eng mit diesem Kritikpunkt verbunden ist zudem die Frage, ob der Autor mit der Verwendung von Identität als alles erklärender Variable nicht das Konzept selbst überstrapaziert. Wie Brubaker und Cooper bereits vor einigen Jahren angemerkt haben, ist der äusserst inflationäre Umgang mit dem Identitätsansatz nicht eben zuträglich für die Präzision unseres sozialwissenschaftlich-analytischen Verständnisses:

Conceptualizing all affinities and all affiliations, all forms of belonging, all experiences of commonality, connectedness, and cohesion, all self-understandings and self-identifications in the idiom of ‘identity’ saddles us with a blunt, flat, undifferentiated vocabulary (Brubaker und Cooper 2000: 2).

Genau dieser Tendenz verfällt auch Hymans: ihm geht es darum zu analysieren, “‘what a nation naturally stands for’ and ‘how high the nation naturally stands’” (in the eyes of the decision-maker, U. J.) (S. 21). Doch es scheint keineswegs zwingend, dies als “Identität” zu bezeichnen. Passender und analytisch schärfer wäre es wohl, von “Einstellungen” oder mehr noch von “Deutungsmustern” zu sprechen und diese auch in ihrer Genese hinreichend zu problematisieren:

Deutungsmuster sind ... historisch-epochale Gebilde, in denen sich die komplexe ‘Lage’ einer historisch-gesellschaftlichen Situation bündelt und zusammenzieht ... [D]as Muster als Ganzheit muss einen brauchbaren Schlüssel für das Verständnis einer historisch komplexen gesellschaftlichen ‘Lage’ abgeben (Oevermann 2001: 42–3).

Eine derartige Konzeptualisierung würde Hymans ein sehr viel präziseres Werkzeug an die Hand geben und gleichzeitig verhindern, dass er der ohnehin schon existierenden Vielzahl von Identitätsverständnissen ohne grosse Not (und mit geringem Gewinn) noch ein weiteres hinzufügt.

Diskutabel ist darüber hinaus Hymans ausschliesslicher Fokus auf *state decision-makers/ state leaders*. In methodologisch individualistischer Art geht er, ohne es explizit zu begründen, davon aus, dass soziale Phänomene allein das Ergebnis des Verhaltens von autonomen, instrumentell agierenden Subjekten sei und dass sich sozialwissenschaftliche Erklärungen reduzieren liessen auf die Eigenschaften und Interaktionen zwischen “ontologisch primitiven” (Wendt 1999: 26) Akteuren. Doch können einzelne Akteure aus dem Zusammenhang sozialer Prozesse “herausgeschält” werden, um zu den “Ursachen” ihres Verhaltens zu gelangen? Um es in den Worten Alexander Wendts zu sagen:

There are theoretical reasons to doubt that social kinds can always be reduced to their internal structures, and political reasons to worry that the effort to do so will obscure the role, and therefore responsibility, of society in making social kinds what they are (Wendt 1998: 113).

Diese Kritik soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei Hymans Beitrag um eine der besten, anspruchsvollsten und wichtigsten Publikationen der neueren Proliferationsforschung handelt. Die methodische Vorgehensweise ist transparent und konsistent; die Fallstudien sind detailreich und fundiert.

Methodologisch vielleicht etwas weniger sophistiziert, inhaltlich aber nicht zuletzt wegen der Vielzahl der analysierten Fälle ebenso wertvoll und wichtig, ist Etel Solingens *Nuclear Logics-Contrasting Paths in East Asia and the Middle East*. Anhand von neun prozessorientierten, vergleichenden Fallstudien¹ geht Solingen dabei der Frage nach, wieso die "nukleare Entwicklung" in Ostasien einerseits und dem Nahen Osten andererseits so unterschiedlich verlaufen sei. Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet dabei die Beobachtung, dass beide Regionen zunächst über politisch und wirtschaftlich ähnliche Bedingungen verfügten: "[F]our decades ago these two regions experienced authoritarian rule, limited economic interdependence, regional security dilemmas, and state-building challenges". In den folgenden Jahren, so Solingens Argumentation, hätten sich die beiden Regionen unter politischen und ökonomischen Gesichtspunkten aber sehr unterschiedlich entwickelt: Während die (Mehrheit der) ostasiatischen Regierungen ihr Überleben dadurch gesichert haben, dass sie die Integration ihrer Staaten in die globale Wirtschaft vorantrieben und das Wirtschaftswachstum förderten, versuchten die Entscheidungsträger im Nahen Osten ihre Macht durch eine introspektive, nationalistische Politik und eine Abschottung von aussen zu stabilisieren. Gleichzeitig haben beide Regionen – und das stellt das zentrale "Puzzle" der Forschung Solingens dar – sehr unterschiedliche Proliferationswege beschritten:

Whereas the norm in East Asia has been an apparent evolution toward denuclearization, North Korea has been the anomaly. Conversely, the norm among core Middle East powers has been toward nuclearization, except for Egypt, and more recently, Libya (S. 4).

Recht geradlinig ergibt sich daraus Solingens theoretisches Gerüst: Die entscheidende Variable zur Erklärung von Proliferation ist demnach die

¹ Solingen spricht sich dabei explizit für ein positivistisches, nach kausalen Erklärungen suchendes Wissenschaftsverständnis nach (King, Keohane and Verba 1994) aus (S. 9).

bevorzugte politische “Überlebensstrategie” der jeweiligen Regierungen. Wirtschaftlich offene, am Welthandel orientierte Staaten entscheiden sich gegen Atomwaffen, weil sie die ökonomischen und politischen Kosten als zu hoch einschätzen und weil sie ihr Heil eher in Wachstum und steigendem Wohlstand suchten. Staaten, die Freihandel und wirtschaftlicher Interdependenz ablehnend gegenüber stehen, entscheiden sich hingegen mit grösserer Wahrscheinlichkeit für das Streben nach eignen Atomwaffen (S. 17). Wie dieses Argument konkret aussehen könnte, lässt sich am Beispiel Japans nachverfolgen. In der bestehenden Literatur zur Atomwaffenpolitik dieses Landes lassen sich grundsätzlich zwei Positionen finden: Realisten nehmen an, dass Japan auf eigene militärische Atomkapazitäten verzichtet hat, weil es sich durch den amerikanischen *nuclear umbrella* ausreichend geschützt gefühlt habe. Konstruktivisten hingegen führen Japans nukleare Abstinenz auf – auch in der Verfassung verankerte – kulturelle Normen und Werte zurück. Solingen setzt sich von beiden Lesarten ab und betont – komplementär zu den beiden anderen Erklärungen – den Einfluss der sogenannten *Yoshida doctrine*, welche nationale Sicherheit als in erster Linie ökonomische Sicherheit definiert habe (S. 79); die Doktrin habe damit das Fundament gebildet für ein politisches Modell, das alle Politikfelder der “‘economy first’ grand strategy” untergeordnet und Japans Aufstieg zur “merchant nation” ermöglicht habe (S. 70).

Obleich auch Solingens Buch wertvolle Einblicke in die Prozesse der nuklearen Entscheidungsfindung in verschiedenen Staaten liefert und damit die *Black Box*-Vorstellung vom Staat als unitärem Akteur aufbricht, bleiben einige Fragen offen. So würde das Buch zusätzlich gewinnen, wenn die Autorin noch deutlicher aufzeigen könnte, inwiefern sich ihr Model tatsächlich von einer klassisch liberalistischen, auf schlichten Kosten-Nutzen-Berechnungen basierenden Erklärung abhebt. Dieses Manko hängt insbesondere damit zusammen, dass viele der von Solingen eingeführten Konzepte und Begriffe letztlich recht vage bleiben und dass Wirkmechanismen nur in höchst allgemeiner Form spezifiziert werden. Wenn Solingen etwa zum Fall Japan schreibt “The Yoshida model, the nuclear allergy, and institutional restraints were all interrelated parts of the domestic landscape that trumped nuclearisation” (S. 80), so ist dies doch eine etwas unbefriedigende Schlussfolgerung. Auch der Ausdruck der politischen “Überlebensstrategie” (S. 5) klingt etwas befremdlich, suggeriert er doch, dass Regierungen sich permanent im politischen Ausnahmezustand einer existentiellen Bedrohung befinden und dass die Entscheidung für oder ge-

gen eine bestimmte sicherheits- oder nuklearpolitische Strategie dem “normalen” Rahmen des Politischen prinzipiell enthoben ist.

Bereits an anderer Stelle (Hymans 2008: 649) wurde zudem darauf hingewiesen, dass Solingens dichotome Unterscheidung zwischen “Nuclearizer” und “Denuclearizer” nicht unproblematisch ist: Japan als Beispiel für einen “Denuclearizer” heranzuziehen, als einen nicht-atomaren Staat also, verdeckt, dass sich das Land mit seinen technologischen Fähigkeiten und Plutoniumvorräten immer die Option offengehalten hat, kurzfristig die atomare Schwelle zu überqueren und eigene Atomwaffen zu produzieren. Die Dichotomie zwischen “Nuclearizer” und “Denuclearizer” ist somit weniger definitiv und klar als Solingen es suggeriert. Dies bedeutet letztlich auch, dass ihre Unterscheidung zwischen dem denuklearen Ostasien und dem nuklearen Nahen Osten eine etwa statische, unterkomplexe Einschätzung widerspiegelt.

Von Hymans hebt sich Solingen mit ihrer Herangehensweise an den Forschungsgegenstand gleich in mehreren Aspekten ab. Zunächst einmal legt sie gleich zu Beginn dar, dass sie ihre insgesamt sehr anschauliche, informative Arbeit nicht als Bruch mit der bestehenden Literatur ansieht, sondern eher als eine Ergänzung im Ringen um multikausale Erklärungsversuche (S. 6). Konsequenterweise räumt Solingen dann auch der Auseinandersetzung mit alternativen Theorieansätzen beachtlichen Raum ein – nicht nur im allgemeinen Theoriekapitel zu Beginn, sondern auch in den einzelnen Fallstudien sowie im Schlusskapitel. Den Lesern bietet diese Vorgehensweise ein hohes Mass an Übersichtlichkeit. Ein zentraler inhaltlicher Unterschied zwischen beiden Publikationen besteht daneben in der zugrunde gelegten Analyseebene: Anders als Hymans, dessen Untersuchung sich allein auf die Ebene des individuellen Entscheiders beschränkt, siedelt Solingen ihre Analyse auf der Ebene der politischen Eliten und Regierungskoalitionen an.

Auch die dritte Neuerscheinung zur Proliferationsforschung, Maria Rost Rublees *Nonproliferation Norms*, befasst sich mit staatlichen Eliten und politischen Entscheidungsträgern. Ähnlich wie Solingen räumt auch Rost Rublee der Auseinandersetzung mit traditionellen theoretischen Überlegungen viel Raum ein; so leitet sie etwa zu jedem Theorieansatz konkrete Erwartungen ab, die später anhand von fünf Fallstudien getestet werden. Den Ausgangspunkt der Argumentation bildet dabei die These, dass weder Realismus noch neoliberaler Institutionalismus in der Lage seien, das konkrete Proliferationsverhalten – insbesondere die *Nicht*-Proliferation – von

Staaten ausreichend zu erklären. Der Grund: beide Theorien schenken den spezifischen Entscheidungsprozessen zu wenig Aufmerksamkeit:

To explain better both the range of outcomes and the processes by which they are reached, I turn to social psychology literature to examine whether, why, and how social-normative influences affected policy decisions (S. 2).

Positiv hervorzuheben ist an dieser Vorgehensweise, dass Rost Rublee sich explizit mit dem oft gegenüber Konstruktivisten geäußerten Vorwurf beschäftigt, wonach konstruktivistische Studien zu selten spezifischen empirischen Fragen nachgingen und sich nicht dem empirischen Gegenstand stellten (Keohane 1988: 392). Rost Rublee hingegen will konkret analysieren, wie und unter welchen Prozessen Normen ihre Wirkung entfalten und Staaten davon abbringen, Atomwaffen anzustreben (S. 3). Die Autorin identifiziert drei sozialpsychologische Prozesse, die ihrer Ansicht nach die Norm-Berücksichtigung beeinflussen: *persuasion*, *conformity*, *identification*. Demnach akzeptieren Staaten die Norm der Nicht-Anschaffung von nuklearen Waffen, weil politische Eliten und Entscheidungsträger entweder von der Bedeutung der Norm überzeugt sind, so dass sie die Argumentation verinnerlicht und 'ihr eigenes Denken über nationale Sicherheit verändert haben' ("persuasion"); oder weil sie bestimmte Erwartungen ihrer sozialen Umwelt erfüllen wollen ("conformity"); oder weil sie sich mit einem anderen Staat identifizieren und dessen Praxis nachahmen ("identification") (S. 27/28). In fünf Fällen, die in Form eines *process-tracing* analysiert werden, versucht Rost Rublee diese Mechanismen aufzuzeigen.

Zwar ist das Vorhaben, die genaue Wirkungsweise von Normen anhand verschiedener Fälle der Nicht-Proliferation zu untersuchen, begrüßenswert – nicht zuletzt, weil es unsere Aufmerksamkeit auf jene immer noch zu wenig beachteten Staaten lenkt, die keine Atomwaffen angestrebt haben. Doch leider weist das Buch einige Mängel auf, die den Beitrag, den Rost Rublee zu leisten vermag, schmälern. Überraschend ist zunächst, dass die Autorin kaum diskutiert, ob und unter welchen Bedingungen wir von der Existenz einer in den internationalen Beziehungen wirkenden Norm ausgehen können. Sich in dieser Frage allein auf Nina Tannenwalds Studie zum *Nuclear Taboo* zu berufen, erscheint unzureichend, da Tannenwalds Argument in erster Linie den Nicht-Einsatz von Atomwaffen (durch die USA) betrifft und nicht die globale Nicht-Proliferation.

Ein weiteres Manko ist das teils unausgereifte Konstruktivismus-Verständnis, das einem grossen Teil der Argumentation zugrunde liegt. Rost Rublees Konstruktivismus ist vermischt mit Annahmen über rationalis-

tische Kosten-Nutzen-Kalkulationen, über die Kausalität staatlichen Handelns (S. 21) oder das Messen von Variablen (S. xiv). So schreibt sie etwa zu Handlungserwartungen aus konstruktivistischer Perspektive:

The fear of social costs and the desire for social rewards can motivate states to exercise nuclear forbearance. States that forgo nuclear weapons due to social conformity do so not because they believe it is the best choice for their security but rather because of cost-benefit calculations of the social costs and rewards involved (S. 27).

Soziale Normen sind dann nichts anderes als eine weitere, „softe“ Variable, die das rationalistische Handeln von Akteuren beeinflussen oder gar steuern. Zudem konzeptualisiert Rost Rublee Normen überwiegend (mit Ausnahme der „subjective norms“) als interpretationsunabhängig und objektiv gegeben. Zwar schränkt sie ein, dass es immer eine Vielzahl von – teils konkurrierenden – Normen gebe und dass Normen erst aktiviert werden müssen, „um zu gewinnen“ (S. 44–7). Eine aktive, interpretierende Rolle schreibt die Autorin den politisch Handelnden dabei jedoch nicht zu. Stattdessen werden Normen nur in einem mechanistisch erscheinenden Prozess übermittelt oder verarbeitet („processed“). Konstitutive Fragen wie die nach der Entstehung und Zuschreibung von Bedeutung oder nach der Bedingung der Möglichkeit von Handeln werden völlig ausser Acht gelassen.

Aufschlussreich sind für den Leser daher in erster Linie die Fallstudien, die interessante Einblicke in die Entscheidungsfindungsprozesse von Nicht-Atomwaffenstaaten liefern. Auch hier ist allerdings kritisch einzuwenden, dass Rost Rublee (wie leider auch Solingen an einigen Stellen) einen Grossteil ihrer Argumentation auf nicht-öffentliche Interviews mit anonymen (früheren) politischen Entscheidungsträgern und Diplomaten stützt. Natürlich muss zu ihrer Rechtfertigung angefügt werden, dass sicherheitspolitische Fragen vielfach in einem kleinen, nicht öffentlichen Kreis entschieden werden und dass Geheimhaltungsrestriktionen den Zugang zu Dokumenten erschweren oder womöglich gar verhindern. Doch Verweise auf solche Quellen machen ein zentrales Kriterium der wissenschaftlichen Arbeit – die intersubjektive Nachprüfbarkeit der Ergebnisse – unmöglich. In gewisser Weise beraubt sich die Autorin damit selbst der Chance, die Qualität ihrer Forschungsergebnisse unter Beweis zu stellen.

Literatur

- Brubaker, R. und F. Cooper (2000). Beyond "Identity". *Theory and Society* 29: 1–47.
- Hymans, J. (2008). Nuclear Logics: Contrasting Paths in East Asia and the Middle East (Book Review). *Perspectives on Politics* 6(3): 648–49.
- Keohane, R. (1988). International Institutions: Two Approaches. *International Studies Quarterly* 32(4): 379–96.
- King, G. et al. (1994). *Designing Social Inquiry*. Princeton: Princeton University Press.
- New York Times* 23.3.1963: 1.
- Oevermann, U. (2001). Die Struktur sozialer Deutungsmuster: Versuch einer Aktualisierung. *Sozialer Sinn* 1.
- Wendt, A. (1998). On Constitution and Causation in International Relations. *Review of International Studies* 24: 101–18.
- (1999). *Social Theory of International Politics*. New York: Cambridge University Press.
- Wohlstetter, A. et al. (1976). *Moving Toward Life in a Nuclear Armed Crowd?* Los Angeles.

Ursula Jasper
Institut für Politikwissenschaft
Universität St. Gallen

L'empire au miroir : Stratégies de puissance aux Etats-Unis et en Russie

Didier, Chaudet, Parmentier, Florent et Benoît Pélopidas
Genève: Librairie Droz (2007), 246 p., ISBN 978-2-600-01158-7.

C'est par une référence cinématographique volontairement iconoclaste, portant sur l'Episode III de la saga *Star Wars*, que les auteurs de cet ouvrage traitant des "visions du monde de ceux que l'on appelle néoconservateurs et néo-eurasistes" (p. 14) introduisent le lecteur, au travers d'"un prisme bien particulier : celui de l'empire" (p. 13), au cœur de la problématique traitée. Une introduction qui, en quelques pages riches en notes, résume de manière aussi synthétique que limpide non seulement les enjeux

géopolitiques liés aux conceptions globalisantes entretenues par ces mouvances intellectuelles, respectivement américaine et russe, mais encore les choix paradigmatiques ayant accompagnés les auteurs tout au long de leurs recherches. Au-delà de l'hypothèse de travail à l'origine même de l'ouvrage, à savoir la "réhabilitation d'une stratégie impériale" (p. 14) par ces mouvances, les auteurs désirent mettre en lumière le rôle que continuent à jouer les idées dans les relations internationales.

La première des trois parties qui composent l'ouvrage reconstitue de manière minutieuse les généalogies intellectuelles porteuses de visions du monde dont l'influence contemporaine sur les politiques étrangères de Washington et de Moscou ne saurait être sous-estimée. Par l'énumération de faits tangibles historiquement datés permettant de retracer tant les affinités idéologiques que les alliances organiques (*think tanks*) à l'origine des témoignages des différents acteurs historiques étudiés, les auteurs rectifient "certaines erreurs généalogiques" qui pour des raisons de "commodité d'exposition" (p. 21) ont pu, par le passé, excessivement simplifier la matrice idéologique originelle des néoconservateurs, remontant aux années 1930, et de ce fait en réduire l'intelligibilité. En se basant sur le même procédé d'analyse – très éclairant, par ailleurs, quant aux débats historiographiques relatifs à chacune des mouvances intellectuelles nationales – la seconde sous-partie met clairement en évidence la réappropriation néo-eurasiste, effectuée tout au long des années 1990, de thématiques eurasistes datant du début du siècle passé. Sans jamais comparer au sens stricte du terme les deux mouvances intellectuelles, afin de demeurer fidèle à une sociologie compréhensive se limitant à établir la perception historique qui se dégage aussi bien des propos que des actions des acteurs historiques, la contextualisation ainsi opérée par les auteurs cerne très précisément la nature des deux mouvances : un néo-conservatisme aux origines anti-communistes qu'une croyance en un exceptionnalisme et un providentialisme américains conduira rapidement à adopter une posture à la fois condescendante à l'égard du Tiers-Monde et méprisante envers les institutions multilatérales, alors qu'il intégrera progressivement l'anti-islamisme à son approche pro-Israélienne des questions moyennement-orientales ; un néo-eurasisme revendiquant l'existence d'une civilisation eurasiatique à part entière, orientale par essence, devant s'opposer à un atlantisme occidental dont les influences prolongent, sans pour autant les recouvrir complètement, celles romano-germaniques, plus anciennes, tout en "prônant une nouvelle forme de souveraineté" (p. 66) au profit des peuples concernés afin d'écarter tout "risque d'un démembrement de

l'Eurasie sous l'influence de l'ethnocentrisme russe" (p. 67), allant pour cela jusqu'à rechercher une alliance avec le monde musulman.

Les auteurs confrontent ensuite les visions du monde qui caractérisent ces courants idéologiques au concept d'empire. Située au cœur de l'ouvrage, cette deuxième partie constitue une étape cruciale dans la démarche visant à permettre une comparaison entre les deux phénomènes idéologiques sur la base d'un concept interprétatif préalablement analysé de manière distinctive. En effet, en raison de la méthode hypothético-déductive adoptée, "s'il s'avère que le concept d'hégémonie correspond davantage aux phénomènes que celui d'empire", l'hypothèse selon laquelle ces mouvances ont "au moins en commun de procéder à une réhabilitation d'une stratégie impériale" (p. 14) sera invalidée. Pour ce faire, la première sous-partie examine le concept d'empire de façon à pouvoir en donner une définition qui ne soit pas soumise aux discours des acteurs historiques. En établissant huit critères distinctifs ayant pour matrice l'un ou l'autre des trois aspects que sont "des caractéristiques politiques durables, une évolution dans le temps et l'espace mais aussi la conviction originaire partagée par ses sujets d'une vocation impériale" (p. 90), les auteurs élaborent une définition précise de l'empire leur permettant d'analyser les discours néoconservateurs et néo-eurasistes, dont l'influence auprès des décideurs politiques n'a cessé de croître tout au long de la dernière décennie du siècle passé, de leurs origines à nos jours. L'analyse des représentations néoconservatrices du monde et des Etats-Unis révèle peu à peu une vision des choses bien différente de celle explicitement invoquée par les acteurs historiques. Une vision que les auteurs qualifient de pseudo-impériale. En effet, "nécessité d'une puissance militaire inégalable, engagement à perpétuer la suprématie américaine le plus longtemps possible et mise en œuvre utile de cette puissance par un plan d'action global" (p. 118) constituent depuis plus d'un demi-siècle les éléments clefs d'une approche ne correspondant que partiellement au concept d'empire tel que défini par les auteurs, en la réduisant finalement à la plus simple expression impériale qui soit, à savoir l'affirmation de puissance de la métropole sur les régions accueillant ses bases militaires. Quant aux courants néo-eurasistes – dont le discours "trahit [...] les symptômes d'une politique de puissance classique" (p. 135) ayant une légitimité culturelle presque toujours liée à la langue russe ainsi qu'à la grandeur passée d'un empire russe, tsariste puis soviétique, que l'atlantisme menace désormais dans son "étranger proche" – leur dénominateur commun se résume à une opposition radicale envers la

“thalassocratie” américaine, seul obstacle réel à leur velléité hégémonique en Eurasie.

La comparaison de ces “invocations” impériales néoconservatrices et néo-eurasistes se clôt, dans la troisième et dernière partie de l’ouvrage, par leur confrontation avec la pratique de la politique étrangère des deux puissances vis-à-vis du monde musulman, en tant que “terrain d’expérimentation privilégié de leur influence” (p. 143). Cette mise à l’épreuve donne aux auteurs l’opportunité de vérifier la conformité de l’articulation concrète de ces “invocations” avec le concept d’empire par le biais d’une analyse sociologique et historique leur interdisant d’imputer les contradictions parfois flagrantes entre les objectifs poursuivis et les moyens utilisés à un pur cynisme. En effet, “l’argument du cynisme [...] néglige la construction des intérêts et peut aller jusqu’à une théorie de la conspiration qui postule chez celui qu’elle accuse une préméditation totale des événements et l’omnipotence nécessaire pour que rien ne vienne la parasiter” (p. 139). Or, c’est justement le rôle clé joué par la pensée du soupçon au sein des deux mouvances – en tant que moteur à la fois d’un discours et d’une action politiques confortés dans leur élaboration respective par la dimension fortement simplificatrice de l’hyperrationalisme de la théorie du complot – que révèle l’approche phénoménologique de l’altérité utilisée par les auteurs dans les trois sous-parties portant successivement sur l’Islam ; la Turquie et l’Asie Centrale ; le monde arabo-persique (Afghanistan, Arabie Saoudite, Irak et Iran). Les néoconservateurs et les néo-eurasistes y apparaissent porteurs de deux théories du complot qui trahissent, dans leur rapport diamétralement opposé au monde musulman, un nationalisme – pour les premiers, pseudo-impérial et antimusulman (le monde musulman étant assimilé au wahhabisme saoudien), pour les seconds, hégémonique, philo-musulman et anti-globaliste (le phénomène de la mondialisation étant perçu comme le fruit d’une civilisation occidentale matérialiste dont les américains seraient les chantres) – incompatible avec le concept d’empire et qui procède d’une logique du ressentiment que la chute de l’URSS en 1991 et les attentats du 11 septembre 2001 n’ont fait que renforcer.

Les deux visions du monde rivales s’enferment ainsi chacune dans une sorte de théorie du complot qui leur est propre, mais qui conduit à un même manichéisme idéologique dont la dialectique conflictuelle est susceptible d’engendrer des contraintes politiques et diplomatiques réelles, y compris pour les acteurs historiques qui n’y adhèrent pas.

En inscrivant leur réflexion dans une épistémologie de la connaissance de l'histoire au sein de laquelle historicisme et phénoménologie confluent en une application de la psychologie individuelle au collectif, les auteurs nous proposent un ouvrage à la fois original, passionnant et critique (cf. première et deuxième parties) sur des courants idéologiques encore peu étudiés par la littérature scientifique de langue française. On peut cependant regretter que le volet concernant "l'étude géopolitique approfondie" de leur impact sur les politiques étrangères de Washington et de Moscou (cf. troisième partie) se focalise sur les facteurs identitaires au détriment de ceux territoriaux, au risque de réduire celle-ci à une étude de panismes antagonistes. L'ouvrage n'en demeure pas moins une lecture incontournable pour toutes les personnes qui s'interrogent sur les origines de ces courants idéologiques et leur influence, par puissances interposées, sur l'ordre international.

Oskar Baffi

Centre International d'Etudes Géopolitiques
Genève